

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Krankenhaus- und Heimausschusses

Sitzungsort: Helenenstift, Hauptstraße 23, 26524 Hage		
Sitzungsdatum: 03.02.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 15:50 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleen, Barbara	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Bontjer, Johann	CDU	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Röben, Hinrich	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Thiele, Otto	SPD	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
de Vries, Heinrich		
de Vries, Jann-Wolfgang		Protokollführer
Meyer, Dina		
Weber, Harm-Uwe		
Nicht anwesend:		
Mitglieder		
Harms, Antje	SPD	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2014 |
| 5. | Gründung einer gemeinsamen Trägergesellschaft mit der Stadt Emden in der Rechtsform einer GmbH für das Projekt Zentralklinikum; Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/012 |
| 6. | Ubbo-Emmius-Klinik - Vermögensverwaltung; Prüfung des Jahresabschlusses 2014; Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/013 |
| 7. | Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung; Prüfung des Jahresabschlusses 2014; Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/014 |
| 8. | Bericht der Geschäftsführung |
| 9. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die SitzungsteilnehmerInnen. Einen besonderen Gruß richtete **die Vorsitzende** an die Vertreter der Presse und die beiden Gäste aus dem Betriebsrat der Ubbo-Emmius-Klinik.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende stellte fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende stellt fest, dass diese Sitzung des Krankenhaus- und Heimausschusses im Wesentlichen der Thematik „Gründung einer Trägergesellschaft für die Zentralklinikum“ geschuldet sei und somit ein wenig den Charakter einer außerordentlichen Sitzung habe. Sie sei deshalb mit der Verwaltung überein gekommen, den ursprünglichen Sitzungstermin am 24. Februar 2015 beizubehalten. In dieser Sitzung sollen dann auch die Wirtschaftspläne beraten werden. Letztere konnten wegen der Erkrankung eines Mitarbeiters für diese Sitzung nicht mehr erstellt werden.



Des Weiteren teilt **die Vorsitzende** mit, dass die Abgeordnete Frau Albers beruflich bedingt erst zu einem späteren Zeitpunkt an der Sitzung teilnehmen könne. Auf Wunsch von der Abgeordneten Frau Albers solle deshalb der Tagesordnungspunkt 5 hinter die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gestellt werden. Dieser Handhabung wurde nicht widersprochen.

Abgeordnete Seelgen moniert, dass die kurze Ladungsfrist der wichtigen Thematik des Tagesordnungspunktes 5 nicht gerecht werde.

Landrat Weber erwidert darauf, dass die Thematik den Fraktionsvorsitzenden schon länger bekannt gemacht wurde und dass die Einladung an die Mitglieder des Krankenhaus- und Heimausschuss lediglich mit einem Tag Verspätung versandt wurde.

Die Vorsitzende stellt die Tagesordnung mit den besprochenen Änderungen so fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2014

Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2014 wurde einstimmig genehmigt.

**TOP 5 Gründung einer gemeinsamen Trägergesellschaft mit der Stadt Emden in der Rechtsform einer GmbH für das Projekt Zentralklinikum; Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/012**

Ein Entwurf der Satzung für die zukünftige Trägergesellschaft wurde den Mitgliedern des Krankenhaus- und Heimausschusses vor der Sitzung übersandt.

Landrat Weber erläuterte zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes den vorliegenden Entwurf des Gesellschaftsvertrages. Er führte aus, dass es sich hierbei um einen ganz normalen Gesellschaftsvertrag handle. **Landrat Weber** erläuterte weiter, dass der Satzungsentwurf vorsehe, dass der Landkreis Aurich durch den Landrat bzw. dessen Stellvertreter in der Gesellschafterversammlung vertreten sei. Für die Stadt Emden sei dieses der Oberbürgermeister bzw. dessen Stellvertreter. Dem vorgesehenen Beirat sollen laut Satzungsentwurf sämtliche Mitglieder des jetzigen Lenkungsausschusses angehören. Damit seien alle Fraktionen des Kreistages dort mit einer Stimme beteiligt. Im Übrigen, so führte **Landrat Weber** weiter aus, sei dieser Gesellschaftsvertrag ausschließlich für die Trägergesellschaft vorgesehen. Diese Trägergesellschaft sei vor allem deswegen erforderlich, um als Antragsteller beim Land Niedersachsen die entsprechenden Förderanträge zu stellen und die damit verbundenen Formalitäten in die Wege zu leiten. In Emden sei dieser Entwurf im Finanzausschuss behandelt worden und dort mit Empfehlungsbeschluss an den dortigen Verwaltungsausschuss bzw. Rat der Stadt Emden weitergeleitet worden. **Landrat Weber** berichtete weiterhin, dass sich in der Sitzung des Finanzausschusses eine Dynamik entwickelt habe, dergestalt, über diese Satzung bereits in der am heutigen Tage stattfindenden Ratsitzung der Stadt Emden zu entscheiden. Es sei jedoch gemeinsam mit Herrn Oberbürgermeister Bornemann vereinbart worden, dass dieses in der Sitzung des Rates der Stadt Emden am 12. März erfolgen solle. Vorgesehen sei nun, dass bei einem positiven

Entscheid im Krankenhaus- und Heimausschusses der Kreistag des Landkreises Aurich am 18. März über diesen Vertrag entscheiden solle.

Nach den Ausführungen durch Landrat Weber stellte **Abgeordneter Thiele** fest, dass es sich bei diesem Satzungsentwurf um einen „üblichen Vertrag“ handle. Für ihn sei dies nur ein logischer Schritt, um in der Sache weiter zu kommen. Er gehe fest davon aus, dass der Kreistag im März mit großer Mehrheit dem Vertragsentwurf zustimmen werde.

Abgeordnete Seelgen stellte die Frage, ob die zukünftige Gesellschaft bzw. der Beirat auch zuständig seien für endgültige Regelungen. Es ginge ihr vor allen Dingen um den Ausschluss von Outsourcingvereinbarungen. Hierauf antwortete **Landrat Weber**, dass der jetzt zu beratende Vertrag zunächst nur ein Vertrag für die Trägergesellschaft sei, der von beiden Klinikgesellschaften getragen werde. Dann müssten Stück für Stück beide Gesellschaften zusammen wachsen und eine gemeinsame Gesellschaft in den Folgejahren daraus entstehen. Dazu seien aber noch einige wichtige Detailfragen von Nöten. So müsse z.B. die Zugehörigkeit der Immobilien einheitlich geregelt werden. Die Tarifsicherung solle durch die jetzt aktuell verhandelte Absichtserklärung mit dem Betriebsrat festgestellt werden.

Abgeordneter Bontjer stellt fest, dass man nicht nur über den Gesellschaftsvertrag beschließen müsse. Vor allen Dingen müsse man jetzt auch verbindlich den Standort in Südbrookmerland beschließen. Damit würde man den Standortkritikern den „Wind aus den Segeln“ nehmen.

Auf eine weitere Frage des **Abgeordneten Bontjer** zu den Kosten des Vertrages, antwortete **Landrat Weber**, dass das Stammkapital in Höhe von 25.000 € gesetzlich vorgeschrieben sei. Von diesen 25.000 € entfielen jeweils hälftig 12.500 € auf die Stadt Emden und auf den Landkreis Aurich. Sollte die Gesellschaft nicht erfolgreich sein, bzw. keinen Erfolg mit der Antragstellung mit dem Land Niedersachsen haben, so sei diese Gesellschaft ohne Schwierigkeiten wieder aufzulösen.

Abgeordneter Meyerholz stellt fest, dass der Vertrag im Wortlaut wesentlich mehr Inhalte habe, als Landrat Weber erklärt habe. **Landrat Weber** macht noch einmal deutlich, dass dieser Vertrag viele Regelungen enthält, die nach Gesellschaftsrecht so zu regeln sind. Er machte deutlich, dass dieser Vertrag einzig für die von ihm eingangs erwähnten Aufgaben, nämlich die Antragstellung für Fördermittel beim Land Niedersachsen und die damit verbundenen organisatorischen Maßnahmen abgeschlossen werde. **Abgeordneter Meyerholz** möchte, dass diese Aussage von Landrat Weber protokolliert wird.

Anschließend beschließt der Krankenhaus- und Heimausschuss **einstimmig** bei einer Enthaltung folgenden Empfehlungsbeschluss an den Kreisausschuss und Kreistag:

Der Landkreis Aurich, vertreten durch den Landrat, gründet gemeinsam mit der Stadt Emden die Trägergesellschaft Zentralklinikum Aurich-Emden-Norden mbH.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Stadt Emden einen gleichlautenden Beschluss fasst.



TOP 6 Ubbo-Emmius-Klinik - Vermögensverwaltung; Prüfung des Jahresabschlusses 2014; Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/013

Über diesen Tagesordnungspunkt wird nach Vorlage entschieden. Es erfolgt **einstimmig** folgender Empfehlungsbeschluss an den Kreisausschuss und Kreistag:

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Bremen, wird der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung-erteilt.

TOP 7 Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung; Prüfung des Jahresabschlusses 2014; Beschlussfassung
Vorlage: VIII/2015/014

Über diesen Tagesordnungspunkt wird nach Vorlage entschieden. Es erfolgt **einstimmig** folgender Empfehlungsbeschluss an den Kreisausschuss und Kreistag:

Der Steuersozietät Dr. Flick GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Aurich, wird auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich, der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich erteilt.

TOP 8 Bericht der Geschäftsführung

GF Heinrich de Vries berichtet über den Stand der baulichen Maßnahmen der Pflege- und Betreuungszentren. Er berichtet, dass im Johann-Christian-Reil-Haus die neuen Fenster eingebaut seien und bis Ende Februar erfolge die Dämmung der Außenwände. Im Helenenstift Hage und im Johann-Christian-Reil-Haus seien nunmehr die Blockheizkraftwerke im vollen Betrieb. Weiter berichtete er darüber, dass zum letzten Weihnachtsfest zum ersten Mal der Weihnachtsmarkt auf dem Vorplatz des Helenenstiftes stattgefunden habe und dort sehr gut von der Bevölkerung angenommen worden sei. Es sei beabsichtigt, auch in diesem Jahr den Vorplatz wieder für den Weihnachtsmarkt zu nutzen. Die Fahrstuhlanlage im Wohnheim 2 in Hage sei in Betrieb genommen worden, was ein großer Gewinn für die Bewohner sei. Die Rufanlagen in beiden Häusern wurden erneuert.

GF Heinrich de Vries berichtet, dass die Nachfragen zur Kurzzeitpflege in den letzten Monaten extrem zugenommen hätten. Bislang seien die Gründe noch nicht klar nachvollziehbar. Möglich seien frühere Verlegungen aus den Kliniken oder die Abkehr von anderen Pflegeeinrichtungen, für die die Kurzzeitpflege nicht finanziell lukrativ genug sei. **Landrat Weber** bittet, die Gründe zu erforschen und dann im Ausschuss darüber zu berichten.

TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Ab diesem Tagesordnungspunkt nimmt auch **Abgeordnete Albers** an der Sitzung des Krankenhaus- und Heimausschusses teil. Obwohl der Tagesordnungspunkt „Gründung einer gemeinsamen Trägergesellschaft“ bereits abgeschlossen ist, möchte **Abgeordnete Albers** trotzdem zu Protokoll geben, dass sie diesem Tagesordnungspunkt nicht die Zustimmung erteilt hätte. Sie sieht in dieser Form eine Entmachtung der politischen Gremien. Ihre Fraktion habe beschlossen, die Angelegenheit anwaltlich überprüfen und klären zu lassen.

Hierauf erwidert **Landrat Weber**, dass es für ihn nur schwer nachvollziehbar sei, dass wenn ein Tagesordnungspunkt für die Abgeordnete Albers solche Bedeutung habe, diese nicht pünktlich zu der Beratung dieses Tagesordnungspunktes erscheine. Im Übrigen könne er das Verhalten nicht verstehen, alle Fragestellungen nachträglich noch anwaltlich überprüfen zu lassen.

Abgeordneter Bontjer moniert, dass solche Fragestellungen doch im Vorfeld mit dem Landrat abgesprochen werden können. Es könne nicht sein, diese Fragen ausschließlich in den Sitzungen zu platzieren. Er plädiert dafür, grundsätzliche Fragen im Vorfeld mit dem Landrat oder den Geschäftsführern zu klären.

Hierauf antwortete die **Abgeordnete Seelgen**, dass die Sitzungen zur Abklärung dienen und man müsse sich nicht im Vorfeld mit dem Landrat in Verbindung setzen und verständigen. Dieses sei einer demokratischen Sitzungskultur abträglich. **Landrat Weber** stellt fest, dass die ganze Kreisverwaltung offen sei für Fragestellungen. Mit dieser Vorgehensweise sei man jahrelang sehr gut gefahren. Von einer Entmachtung der politischen Gremien sei nie eine Rede gewesen. Er hoffe, dass dieser Normalzustand wieder hergestellt werden könne.

Abgeordneter Meyerholz möchte zur nächsten Sitzung des Krankenhaus- und Heimausschusses einen Sachstand und einen Kostenrahmen für die weitere Entwicklung des Gebädetraktes auf der gegenüber liegenden Straßenseite in Hage bekommen.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss **die Vorsitzende** die Sitzung um 15.50 Uhr mit einem Dank an die SitzungsteilnehmerInnen und leitete auf die im Anschluss stattfindende Gesellschafterversammlung der Pflege- und Betreuungszentren GmbH über.

gez. Kleen
Vorsitzende

gez. Meyer
Protokollführerin

